

SOWJETZONE

Zur Wirtschaftslage der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) im Herbst 1956

Anfang Juni 1956 — noch vor dem Aufstand in Posen — ist an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß vor allem in Polen durch die Entstalinisierung Kräfte in Bewegung gesetzt worden seien, die mehr wollten als nur „Los von Stalin“. Außerdem wurde als möglich angedeutet, daß der mitteldeutsche Aufstand vom Juni 1953 im Raum des Ostblocks Nachfolger finden könnte. Wir konnten damals alle nicht wissen, daß diese Vermutungen durch die Wirklichkeit schon nach kurzer Zeit nicht nur bestätigt, sondern weit überholt werden würden. Durch die von *Gomulka* in Polen tatkräftig und mit bewunderungswürdiger Beherrschung eingeleitete Entsowjetisierung und die beispiellose ungarische Volkserhebung ist eine Entwicklung in Gang gesetzt worden, die in ihren politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen heute noch gar nicht abzuschätzen ist.

Die SBZ ist nach offizieller Erklärung „das am weitesten nach Westen vorgeschobene Bollwerk des Sozialismus“ — natürlich des Sozialismus in bolschewistischer Ausprägung. Die südliche Flanke, die CSR, ist noch ruhig und hat die Entstalinisierung sehr zurückhaltend durchgeführt. Dagegen kann man nicht mehr seine Hand dafür ins Feuer legen, daß die Verbindungslinie zwischen dem bolschewistischen Zentrum des Ostblocks und seinem „westlichen Bollwerk“ jeder Belastung standhalten würde. Schon aus diesem Grunde kann es den Sowjets keinesfalls leichtgefallen sein, in Polen gute Miene zum für sie bösen Spiel zu machen. Aber sie konnten es dort noch tun — wobei keiner sagen kann, inwieweit *Gomulka* seine Erfolge den schweren Unruhen in Ungarn zu verdanken hat —, weil Polen nicht aus dem Ostblock ausscheren wollte. Würden jedoch die Deutschen in der SBZ die gleichen Forderungen erheben wie die Polen oder gar die Ungarn und die nationale Freiheit verlangen, dann wäre die Anerkennung dieses Verlangens durch die Sowjets zugleich das Ende der Spaltung Deutschlands; denn ein freies Deutschland ist für die Deutschen in der SBZ nur als wiedervereinigtes Deutschland denkbar.

Die Bevölkerung der SBZ und in ganz anderem Maße die Machthaber der SED durchleben seit den Ereignissen in Polen spannungsgeladene Wochen. Dies äußerte sich u. a. in der Berichterstattung über Polen und Ungarn, die dem wahren Geschehen in keiner Weise

gerecht wurde, und ferner in den Beteuerungen, daß die SBZ-Regierung ja schon seit 1953 mit den Fehlern des Stalinismus aufgeräumt habe. *Grotewohl* verstieg sich sogar zu der Behauptung, in der SBZ würde nicht einmal der Versuch gemacht, die sowjetischen Methoden nachzuahmen. Die führenden stalinistischen Exponenten der Parteiführung, *Ulbricht*, *Schirdewan* und *Matern*, besuchten überraschend einige Großbetriebe, um mit den Arbeitern zu diskutieren. Bezeichnenderweise waren auf den Pressefotos, die dazu erschienen, keine Arbeiter an den Maschinen zu sehen, sondern die Diskussionen fanden in sehr kleinem Kreise und wahrscheinlich mit vorher ausgesuchten Genossen statt. Eine weitere Bestätigung der Unruhe in der SED-Zentrale war die schlagartige erhebliche Verschärfung der Ausweis- und Gepäckkontrollen im Verkehr von und nach Berlin.

Diese Anzeichen von Nervosität sind mehr als begründet; denn die Bevölkerung Mitteldeutschlands hat seit dem Juni 1953 keine Furcht mehr, offen an den Pannen in ihrer Versorgungslage Kritik zu üben. Da ihr Lebensstandard nach sowjetischen Angaben jedoch innerhalb des Ostblocks das höchste Niveau hat, fehlt in Mitteldeutschland der wirtschaftliche Zwang für eine offene Ablehnung gegen die Sowjets, wie dies in Polen und in Ungarn der Fall war und dort zu einer erheblichen Verschärfung der politischen Spannungen beitrug. Die Kritik am Regime in der SBZ gilt in erster Linie dem politischen Zwang und arbeitet natürlich auch mit wirtschaftlichen Argumenten; denn Politik und Wirtschaft lassen sich in der sowjetzonalen Staats- und Wirtschaftsordnung einfach nicht trennen.

Solange die Kritik am sowjetzonalen Stalinismus nur aus der Bevölkerung kam, konnte Pankow darüber mit mehr oder weniger leichter Hand zur Tagesordnung übergehen. Wir kennen aber die Spannungen im Führungsapparat der SED, und es dürfte *Ulbricht* sicher nicht gleichgültig gelassen haben, daß sein Widersacher *Dahlem* ausgerechnet in den entscheidenden Tagen in Warschau gewesen ist. Weiter hat in der letzten Zeit ein führender Funktionär der Zonen-Wirtschaftsverwaltung, Prof. *Behrens*, der Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, harte Kritik an einigen Grundsätzen der sowjetzonalen Wirtschaftspolitik geübt, die *Ulbricht* bestimmt nicht mit freudiger Zustimmung zur Kenntnis genommen hat. *Behrens* schrieb in einer offiziellen Zeitschrift seiner Behörde: „Die Zentralisierung der Macht in den Händen des revolutionären Staates bedeutet nicht, daß die ökonomischen Gesetze außer Kraft gesetzt sind und die Wirtschaft durch zentrale Weisungen, durch juristische Gesetze, durch Direktiven und Anweisungen des Staates allein ge-

lenkt werden kann.“ Die Leitung der Wirtschaft durch zentrale Weisungen müsse unter bestimmten Voraussetzungen zurücktreten, „da sie anders zu einem Hemmschuh der weiteren Entwicklung wird“.

Diese Kritik gilt nicht nur dem Stalinismus. Sie fordert mit der Anerkennung der ökonomischen Gesetze im Rahmen der sowjetzonalen Wirtschaftsordnung vor allem eine grundlegende Abkehr von der bisher geübten politisch-dogmatischen Vergewaltigung der Wirtschaft. Prof. Behrens kann seine Forderung mit zahlreichen negativen Beispielen der sowjetzonalen Wirtschaftsentwicklung begründen, die selbst Ulbricht im Sommer dieses Jahres eingestehen mußte (vgl. Heft 9/1956 dieser Zeitschrift). Seit damals hat sich aber die wirtschaftliche Situation der SBZ nicht verbessert, sondern als Folge der polnischen und ungarischen Geschehnisse sogar verschlechtert. Die Behauptung ist nicht übertrieben, daß der eigentliche Schock dieser Einflüsse in wirtschaftlicher Beziehung erst noch kommen wird.

Die Länder des Ostblocks sind nach einheitlicher Planung mit ihrer gesamten Wirtschaft in langfristigen Verträgen miteinander verzahnt. Tritt an einer Stelle in diesem großen Räderwerk eine Störung auf, dann kann sie nicht nur mangels eigener Reserven des betreffenden Landes nicht beseitigt werden, sondern sie führt zu Schäden am gesamten Räderwerk. Diese Schäden verursachen ihrerseits wie in einer Kettenreaktion an anderen Punkten weitere Störungen und lassen sich unter beträchtlichem wirtschaftlichem Verschleiß für den gesamten Apparat nur dadurch ausgleichen, daß die schwächsten Punkte in diesem System, nämlich die Konsumenten, den Stoß zu Lasten ihres Lebensstandards auffangen.

Polen ist der Hauptlieferant an Steinkohle und Koks für die SBZ; außerdem importiert die SBZ aus Polen land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse. Der Export Ungarns in die SBZ bestand in der Hauptsache aus Erzen, Bauxit, Kraftfahrzeugen und Lebensmitteln. Es ist kein Geheimnis, daß seit einiger Zeit die polnischen Steinkohlen- und Kokslieferungen an die SBZ stocken, so daß im Eisenhüttenkombinat Ost bereits mehrere Hochöfen stillgelegt werden mußten. Auch die polnischen landwirtschaftlichen Lieferungen können nicht mehr als sicher bezeichnet werden, so daß sie für die Auffüllung von Reservelagern für die für Frühjahr 1957 versprochene Aufhebung der Lebensmittelrationierung nicht mehr voll oder wenigstens nur noch in kleinerem Umfange zur Verfügung stehen. Das gilt für die ungarischen Lebensmittellieferungen in viel schärferem Maße; denn der gesamte Export Ungarns ist blockiert.

Der Außenhandelsumsatz der SBZ mit Polen und Ungarn betrug im Jahre 1953 15,2 vH,

im Jahre 1954 14,3 vH und im Jahre 1955 14,1 vH des gesamten Außenhandelsumsatzes der SBZ einschließlich des Interzonenhandels. In diesem Zeitraum war der Saldo gegenüber Polen aktiv, jedoch gegenüber Ungarn passiv — und dies sogar mit deutlich wachsender Tendenz. Die Einfuhrstörungen werden zwangsläufig die sowjetzonale Gegenleistung beeinträchtigen, so daß Polen und Ungarn ihrerseits von der SBZ nicht mit der vollen Lieferung von Maschinen und industriellen Fertigwaren rechnen dürfen. Hinzu kommt, daß Polen seinen Fünfjahresplan erheblich revidieren wird, und es noch völlig offen ist, welche wirtschaftliche Rolle Ungarn — wenn überhaupt noch — innerhalb des Ostblocks in Zukunft spielen wird.

Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe wird wohl oder übel seine Planungsarbeit für die nächsten fünf Jahre beträchtlich revidieren müssen. Sollte darüber hinaus das Beispiel Polens, Wirtschaftshilfe von westlicher Seite anzunehmen, auch bei anderen Ländern des Ostblocks Schule machen und die als Reaktion auf das brutale sowjetische Vorgehen in Ungarn vielfach geäußerte Forderung nach wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber der Sowjetunion zu ins Gewicht fallenden praktischen Konsequenzen führen, dann könnte von einem wirtschaftlichen Ostblock im bisherigen Sinne nicht mehr gesprochen werden, und die Isolierung der stalinistischen Zonenregierung würde noch deutlicher, als sie es heute schon ist.

*

Amtlich ist bekanntgegeben worden, daß auch im dritten Quartal 1956 die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes nicht befriedigend war. Ja, es würde sogar zugegeben, daß mit der Erfüllung des Jahresplanes 1956 nicht mehr zu rechnen ist, weil nicht mehr alle Planrückstände aufgeholt werden können. Die Produktion von Elektroenergie, Rohbraunkohle, Roheisen, Walzwerkmaschinen, Personenkraftwagen, Maschinen und Apparaten für die polygraphische Industrie und die Herstellung von Geweben war unzureichend. Diese Lücken konnten nicht durch gesteigerte Einfuhren ausgeglichen werden; denn für sie waren erstens keine Planansätze vorgesehen, und zweitens blieb auch im dritten Quartal die Einfuhr hinter der Ausfuhr zurück.

Für die Bevölkerung der SBZ bedeutete das im dritten Quartal „zeitweilige Versorgungsschwierigkeiten in einigen Bezirken“ und das „Nichterreichen der Planziele für die Versorgung der Bevölkerung“. Diese offizielle Darstellung ist von Pankow ganz bewußt sehr zurückhaltend formuliert worden, um der Kritik die Argumente zu schmälern, mit denen beispielsweise Gomulka seine Amtsvorgänger angegriffen hatte. Doch mit solchen Mittelchen kann nicht das verdeckt werden, was dem

aufmerksamen Beobachter in der SBZ über die anhaltenden Versorgungsschwierigkeiten der Bevölkerung hinaus immer wieder an der Wirtschaft der SBZ auffällt.

Es ist offiziell zugegeben worden, daß die Getreideernte dieses Jahres das Vorjahresergebnis nicht erreicht hat, und zwar bei allen Getreidesorten. Nur dank des relativ milden Herbstwetters ist bisher eine Gefahr für die Hackfruchternte vermieden worden, wie sie z.B. im Jahre 1952 durch den frühen Kälteeinbruch eintrat; denn auch in diesem Jahre wurde die schleppende Durchführung der Hackfruchternte gerügt. Sie ist vor allem eine Folge des Mangels an Arbeitskräften in der Landwirtschaft, der wegen der ungenügenden Mechanisierung der landwirtschaftlichen Arbeit besonders fühlbar wird. Konnten im vorigen Herbst Einheiten der Polizeistreitkräfte für die Ernte herangezogen werden, so stützte man sich in diesem Jahre vor allem auf studentische Hilfskräfte; Senn bei der gespannten politischen Lage mußten die Streitkräfte der SBZ stets voll einsatzbereit sein.

Berücksichtigt man die niedrigere Getreideernte und die für die Bildung von zusätzlichen Vorräten schwerwiegenden Störungen in der Einfuhr aus Polen und Ungarn, dann muß man bezweifeln, daß die für die Aufhebung der Rationierung von Ulbricht verlangten Voraussetzungen noch bis zum Frühjahr 1957 verwirklicht werden können. Wenn diese Maßnahme aber verschoben werden muß, dann wachsen zwangsläufig die innenpolitischen Spannungen.

Einen weiteren Engpaß der sowjetzonalen Wirtschaft bildet noch immer die Erzeugung von elektrischem Strom. Die Spitzenbelastungszeiten lagen Mitte November von 6 bis 8 Uhr und von 16.30 bis 20.30 Uhr und müssen bis Mitte Dezember noch ausgedehnt werden. In diesen Zeiten muß der private Stromverbrauch radikal eingeschränkt werden — die elektrische Raumheizung ist ohnehin von 6 bis 22 Uhr verboten, was bei der völlig unzureichenden Versorgung mit vollwertigen festen Heizstoffen einfach nicht eingehalten werden kann —, und sogar die Industrie erhält niedrigere Stromkontingente. Minister *Selbmann* mußte kürzlich öffentlich erklären, daß die Industrie in den Spitzenzeiten „nicht die zur Erfüllung ihrer Produktionsaufgaben erforderliche Menge an elektrischer Energie“ erhält. Was soll bei diesem schwerwiegenden Eingeständnis sein Protzen damit, daß je Kopf und Jahr der Bevölkerung in Westdeutschland 1520 kWh Strom verbraucht würden, dagegen in der SBZ 1595 kWh. Auch Herr *Selbmann* wäre sicherlich nicht böse, wenn die Versorgung mit Strom in der SBZ so zufriedenstellend wäre wie in der Bundesrepublik trotz deren niedri-

gerer Stromverbrauchs-Kopfquote. Die Menge an Kilowattstunden sagt allein außerdem noch nicht alles; es kommt auch auf die Stromspannung an. Diese ist aber — das weiß auch Herr *Selbmann* — in den Spitzenzeiten in den Haushalten so niedrig, daß darunter die elektrischen Geräte leiden und trotz normaler Lampen das Licht nur als freundliche Dämmerung zu bezeichnen ist. Da die mitteldeutsche Stromerzeugung zu rund 90 vH auf Braunkohlenbasis erfolgt, hat die auch für das dritte Quartal 1956 gemeldete unzureichende Förderung von Rohbraunkohle sehr ernste Konsequenzen.

Die allgemeine Situation kommt vielleicht am besten darin zum Ausdruck, daß die oberste Parteizeitung der SED, „Neues Deutschland“, kürzlich bekanntgegeben hat, daß sie in der letzten Zeit zahlreiche Zuschriften von Arbeitern mit scharfen Beschwerden über wirtschaftliche und organisatorische Mißstände erhalten habe, die auf „mangelhaftes Verantwortungsbewußtsein sowie bürokratisches und seelenloses Verhalten“ von Staats- und Wirtschaftsfunktionären zurückzuführen seien. In einem demokratischen Staat haben die Arbeiter in einer solchen Situation verschiedene Möglichkeiten, sich zur Wehr zu setzen; entweder mit den ihnen gesetzlich zugesicherten gewerkschaftlichen Rechten oder als Staatsbürger durch das Wahlrecht. Was aber können die Arbeiter in der SBZ tun? Wenn sie streiken, dann kommt der Staat ihnen mit sowjetischen Panzern, und wenn sie bei einer Wahl der Regierung ihr Mißtrauen aussprechen wollten, dann könnten sie das gar nicht, weil sie nur die gleiche Regierung wählen können und sonst keine.

Die geschilderte wirtschaftliche Lage der SBZ und die von den Arbeitern immer wieder kritisierten Mißstände, auf die hier im einzelnen wegen ihrer Fülle gar nicht eingegangen werden kann, und die von den Störungen und Erschwernissen ihrer Arbeit in den Fabriken bis zur unzumutbaren Notunterkunft beim „freiwilligen“ Einsatz in der Landwirtschaft und der ungenügenden Brennstoffversorgung sowie den starken Schwankungen beim Angebot von Butter, Milch, Fleisch und hochwertigen Konserven reichen, macht es Pankow sicher nicht leicht, die Propagandathese eines friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerbs mit der Bundesrepublik aufrechtzuerhalten.

Aus diesem Grunde war es den Wirtschaftstheoretikern der SED sicherlich hochwillkommen, daß in einer offiziellen Veranstaltung der in Ost-Berlin gelegenen Akademie der Wissenschaften der zu einer „Gesamtdeutschen Begegnung von Wirtschaftswissenschaftlern“ dorthin eingeladenen Direktor des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Prof. Dr. Fritz *Baade*, im Oktober 1956 zum Ausdruck brachte,

daß die SBZ in wirtschaftlicher Hinsicht ebenfalls geradezu wunderbare Erfolge zu rezechnen habe. Aus dem mit seiner Genehmigung im „Neuen Deutschland“ veröffentlichten Bericht über diese Tagung war zu erkennen, daß er die mit unkontrollierbaren Produktions- und Außenhandelsindizes aufgebauten Fassaden der SBZ-Wirtschaft nicht durchschaute und den Menschen in Mitteldeutschland, der von einem Wirtschaftswunder wahrhaftig herzlich wenig spürte, bei seiner Beurteilung ganz vergessen hat. Ganz abgesehen davon, daß ein Bundestagsabgeordneter in der Begegnung mit offiziellen Funktionären des SED-Regimes sehr zurückhaltend sein sollte, handelte es sich hier um einen Kontakt, dessen sachlicher Nutzen mehr als fragwürdig ist.

*

Wenn dieses Heft erscheint, werden die Sorgen einiger leitenden Angestellten der sowjetzonalen Außenhandelsorganisation über die Abwicklung eines Liefervertrages über 18 große Ölzisternen nach Norwegen ihren Höhepunkt erreicht haben. Norwegen war im Herbst 1955 an die Bundesrepublik herangetreten, um von dort diese Ölzisternen zu erhalten. Die Bundesrepublik hatte den Auftrag nicht übernommen, weil der Liefertermin, November 1956, zu kurzfristig war. Hier witterten die SBZ-Wirtschaftler eine großartige Chance und schalteten sich ein. Sie sagten die Lieferung fristgemäß zu und gingen an die Arbeit. Diese bestand vor allem darin, in Norwegen große Schilder an den zukünftigen Standorten der Zisternen aufzustellen, auf denen verkündet wurde, daß hier die „DDR“ bauen werde. Derartige Zisternen werden aus Feinblechen hergestellt, und gerade Feinblech ist in der SBZ ein ausgesprochener Mangelartikel. Man bemühte sich überall, die benötigten Feinbleche zu bekommen. Das Ergebnis war niederschmetternd, so daß im September 1956 erst an der Fertigung von drei Zisternen gearbeitet wurde. Es ist absolut ausgeschlossen, daß die SBZ ihre Lieferverpflichtungen bis zum November 1956 erfüllt hat. Da Norwegen nicht zum Ostblock gehört, wo ein Wort unter „Freunden“ manches erreichen könnte, wird die SBZ um eine beträchtliche Konventionalstrafe nicht herumkommen. Sie trifft jedoch nicht die Verantwortlichen, sondern auf dem Umweg über den Staatshaushalt den Steuerzahler, der keine Möglichkeit hat, solchen Unsinn zu verhüten.

Er hat jedoch jetzt wenigstens die Möglichkeit, an Hand des Ende Oktober 1956 erschienenen ersten Statistischen Jahrbuches der SBZ sich mit der amtlichen Darstellung der mitteldeutschen Wirtschaftsentwicklung intensiver, als dies aus Zeitungsberichten möglich war, zu befassen; denn jetzt werden endlich absolute Zahlen genannt. In einer zentralistischen Staats-Planwirtschaft fällt zwangsläufig viel mehr und detaillierteres Zahlenmaterial an als in einer anderen

Wirtschaftsordnung. Dieses Material ist allerdings bei weitem nicht vollständig in dem Jahrbuch verarbeitet worden. Die Begriffe und Abgrenzungen sind teilweise sehr unklar, so daß eine Gegenüberstellung mit westdeutschen Vergleichszahlen nicht ohne weiteres möglich ist.

Gomulka hatte in Polen kritisiert, daß die Bevölkerung bisher mit dem Jonglieren von unexakten Statistiken getäuscht worden sei. Auch in der SBZ gilt die Statistik in erster Linie als ein Hilfsmittel der politischen Auseinandersetzung, wobei die sachliche Berichterstattung sehr oft als „objektivistische Abweichung“ verurteilt worden ist. Wir können also beim Studium dieses Jahrbuches nur schrittweise durch kontrollierende Vergleichsrechnung feststellen, inwieweit seine Tabellen exakt oder frisiert sind. Doch auch schon beim ersten Durchblättern fällt einem manches Interessante auf.

Erstmalig wird hier offiziell der starke Bevölkerungsverlust der SBZ zugegeben; dagegen findet sich keine Tabelle über die angeblich so starke Rückwanderung aus Westdeutschland, mit der man doch so schön hätte Propaganda treiben können. Der Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung sinkt, so daß heute vier Arbeitskräfte durch ihre Leistung einen Rentner mit unterhalten müssen, während für die gleiche Aufgabe im Jahre 1939 noch sechs Arbeitsfähige zur Verfügung standen. Aus der Selbstmordstatistik geht hervor, daß in der SBZ relativ mehr Selbstmorde zur Verzeichnung sind als in Westdeutschland, was sicherlich nicht als Positivum für die SBZ zu werten ist. Die Zahl der Arbeitsunfälle hat bis 1955 nur leicht zugenommen, dagegen hat sich die Zahl der Berufserkrankungen von 1953 bis 1955 fast verdoppelt, und zwar mit Schwergewicht bei den weiblichen Arbeitern und Angestellten. Als Begründung wird ein starkes Ansteigen von Sehnnscheidenentzündungen angegeben. Das ist nichts weiter als die Folge körperlicher Überanstrengungen durch den Einsatz von Frauen in Berufen, für die sie nach unserer Vorstellung nicht geeignet sind. Ob Pankow wohl merkt, wie seine angebliche Sorge um den Menschen durch solche Tabellen Lüge gestraft wird?

Der Index der Lebenshaltungskosten der SBZ wird für 1955 (1936 = 100) mit 203,5 angegeben (Bundesrepublik = 172); davon stiegen z. B. die Kosten für Bekleidung um 182,8 vH (Bundesrepublik — 77 vH). Auch aus den Preisindizes für Lebensmittel und Bekleidungsgüter ergibt sich die für den Verbraucher in der SBZ wesentlich schlechtere Situation, verglichen mit der in der Bundesrepublik. Von nun an müssen sich die Redner der SED vorsehen, wenn sie mit Erfolgsszahlen aufwarten. Der Bewohner der Zone kann diese Zahlen prüfen. Vertrauen wir ruhig dem Vorwort des Herausgebers des Jahrbuches, daß nun mit der statistischen Geheimwissenschaft in der SBZ Schluß gemacht werden soll.

Walter Meier